

Haushaltspolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat Leonberg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schuler,

sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister Dr. Vonderheid,

meine Damen und Herren,

bei der kursorischen Lesung des uns vorliegenden

Haushaltsplanentwurfes für das Jahr 2013 musste ich unwillkürlich

an die Worte Manfred Rommels denken: ``In unserer Welt wird nicht

nur mehr ausgegeben als eingenommen, sondern mehr geschrieben

als gelesen, mehr geredet als gedacht, mehr gefordert als

geschuldet, mehr gejammert als gelitten, mehr gebellt als gebissen.“

In diesen Worten steckt viel Wahrheit, und auch unser Haushaltsplan

lebt davon, dass mehr ausgegeben als eingenommen wird. An uns

Kommunalpolitiker werden in Anbetracht der derzeit entspannten

Haushaltslage mehr Forderungen herangetragen, als wir mittelfristig

verantworten können und, was leider auch zutreffend ist, wir

jammern auf hohem Niveau.

Zugegebenermaßen:

Wir werden dieses Mal etwas verwöhnt. Seit langem haben wir zum ersten Mal wieder einen ausgeglichenen Haushaltsplanentwurf vorgelegt bekommen. Die Einbringung von Ersatzdeckungsmitteln ist nicht erforderlich. Dank der Konjunktur und unserer Sparsbemühungen in den zurückliegenden Jahren können wir diese Runde etwas gelassener angehen, wenngleich wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen dürfen.

Es ist geplant im Jahr 2013 kräftig, vor allem in den Ausbau der Kindertageseinrichtungen, zu investieren. Alleine in 2013 sind für die Errichtung für Kindertagesstätten 6 Millionen Euro vorgesehen.

Der Wermutstropfen besteht darin, dass, wie die mittelfristige Finanzplanung zeigt, die Nettoneuverschuldung bis zum Jahr 2015 auf

86,5 Millionen Euro ansteigen wird, um anschließend, sofern sich die zugrundeliegenden Fakten so auch realisieren, im Jahr 2016 auf 81 Millionen Euro zurückführbar ist.

Dies zeigt deutlich, dass die Konsolidierungsbemühungen fortgesetzt werden müssen.

Positiv zu vermerken ist insbesondere die Zuführung in Höhe von

ca. 6 Millionen Euro aus dem Verwaltungshaushalt zum Vermögenshaushalt.

Personalwesen

Ein großer Faktor an laufenden Ausgaben verbirgt sich im Bereich der Personalentwicklung der Stadt. Seitherige Konsolidierungsbemühungen wurden konterkariert durch steigende Lohnkosten und die Verpflichtung zum Ausbau der Kinderbetreuung, welche in der Folge und auch in Zukunft mit steigenden Personalausgaben in diesen Bereich einhergehen wird.

Nachdem der Gemeinderat im laufenden Jahr die Durchführung einer Organisationsuntersuchung beschlossen hat, sehen wir derzeit keinen Spielraum, zusätzliche Personalstellen, außer im Bereich der Kinderbetreuung, einzurichten .

Ziel muss es sein, bei effizientem Personaleinsatz eine auf Dauer tragfähige Kostenstruktur zu schaffen.

Es ist unverständlich, dass die Verwaltung hier die derzeitige

Entspannung der Finanzsituation dazu nutzen will, neue Personalstellen zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir es derzeit ab, die von der Verwaltung in der Personalplanung geforderten zusätzlichen Personalstellen (mit Ausnahme der dem Ausbau der Kinderbetreuung geschuldeten Stellen) zu bewilligen.

Die Entscheidung hierüber ist in jedem Fall bis zum Vorliegen der Erkenntnisse aus der Organisationsentwicklungsuntersuchung aufzuschieben. Dies gilt auch für die neue Abteilungsleiterstelle im Bereich der technischen Ämter.

Entsprechendes gilt für die Erhöhung des Kostenansatzes zur Vergabe von Reinigungs- und Winterdienstarbeiten.

Weiter beantragen wir, die von der Verwaltung geforderte Anschaffung von zusätzlichen Fahrzeugen, ebenfalls bis zum Vorliegen des Ergebnisses der Organisationsentwicklungsuntersuchung, mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dies gilt sowohl für den Bereich Tiefbau, wie auch im Bereich des Ordnungsamtes. Hier mussten wir mit Verwunderung zur Kenntnis nehmen, wie uns auch im laufenden Jahr noch vorgerechnet wurde, in welchem Umfang sich die neue mobile

Geschwindigkeitsmessanlage rechnet.

Verschwiegen wurde jedoch in diesem Zusammenhang, dass eigens dafür zusätzliches Personal eingestellt wurde und nunmehr in Salamiaktik auch noch ausschließlich für diesen Zweck ein weiteres Fahrzeug beschafft werden soll.

Allgemeine Finanzplanung

In Anbetracht der bestehenden hohen Verschuldung fordern wir, dass auch weiterhin in jedem sich aufzeigenden Falle Anstrengungen unternommen werden, das derzeit niedrige Zinsniveau für die städtische Verschuldung möglich langfristig zu sichern, damit, im Falle eines Zinsanstieges, die Position „Zinsaufwendungen“ die mittelfristige Finanzplanung nicht zur Makulatur werden lässt.

Nachdem nunmehr auch die Bodenseewasserversorgung für das Jahr 2013 die Umlage zum Erneuerbaren-Energie- Gesetz entrichten muss, führt dies zu einer Steigerung des Wasserpreises. Diese Kosten müssen wir an die Verbraucher weitergeben. Darüber hinaus begrüßen wir jedoch die Beibehaltung der Steuerhebesätze für Grund- und Gewerbesteuern, und die Beibehaltung der derzeit

bestehenden Kostendeckungsgrade der städtischen Einrichtungen, um eine weitere Belastung unserer Bürger zu vermeiden.

Umwelt und Bauen

Wir sehen die derzeitige Diskussion zur Errichtung von Windkraftträdern auf unserer Gemarkung zwiespältig. In wirtschaftlicher Hinsicht warnen wir vor zu hohen Ertragserwartungen. Auch ausgehend von positiven Windmengen müssen die entsprechenden Energieanlagen, beispielsweise wenn der Wind zu stark weht oder zu sonstigen Wartungen, abgeschaltet werden. Auch wenn wir generell erneuerbaren Energien nicht ablehnend gegenüberstehen, so geben wir zu bedenken, dass sowohl Solar- wie auch Windenergie zur Versorgung des Wirtschaftsstandortes Deutschland im Hinblick auf den Grundbedarf nicht ausreichend ist.

Zudem macht ein blindes, alleine von der Ertragserwartung auf Grund der Abnahmegarantie durch das Erneuerbare- Energien-Gesetz, und damit vom Stromverbraucher letztendlich einseitig bezuschusstes Betreiben solcher Anlagen keinen Sinn. Hier sind viele Fragen noch offen.

Aus dem Haushaltsplan ist ferner ersichtlich, dass in den nächsten Jahren eine Entscheidung über die Zukunft dieses sogenannten neuen Rathauses ansteht.

Auch hier werden wir wieder vor der Frage stehen: Grundlegende Sanierung oder Neubau?

Im Zusammenhang mit unserem Projekt Stadtumbau fordern wir bezüglich des Neuen Rathauses die Verwaltung auf, uns die Kosten der Alternativen sowie ein Konzept aufzuzeigen, unter Berücksichtigung

- der Folgekosten auch in energetischer Hinsicht,
- von Einsparpotenzialen auch unter Einbeziehung von möglichen Fördermitteln,

sodass wir in Rückkopplung mit den Bürgern hier möglichst zeitnah die für Leonberg richtige Entscheidung treffen können.

Wie ich bereits in meiner letzten haushaltspolitischen Erklärung ausgeführt habe, leben wir in einer der wirtschaftsstärksten Regionen Europas.

Trotz des für Deutschland allgemein erwartenden Rückganges der Einwohnerzahlen gehen die Statistiker für unsere Region noch von einem Bevölkerungsanstieg aus. Im Hinblick darauf war es richtig, die Wohnbaugebiete Ezach 3, in Höfingen im Bereich der Ulmen-/Goldäcker Str., in Gebersheim Nördlich der Höfinger Straße und in Warmbronn Hinter Erlen auf den Weg zu bringen.

Wir ermöglichen hier insbesondere jungen Familien die Ansiedelung bzw. verhindern, dass diese ins Umland abwandern. Auf Grund des Rufes von Leonberg als Topwohnadresse (Autobahnknotenpunkt mit hohem Freizeitwert) ist auch weiterhin davon auszugehen, dass die Nachfrage das Angebot übersteigt.

Gleichwohl werden wir unser Augenmerk verstärkt auf eine steigende Nachfrage nach Single- und Seniorenwohnungen sowie zur Verfügungsstellung eines größeren Angebotes im Zentrum legen müssen.

Bei künftigen Entwicklungen ist der Fokus auf innerstädtische Entwicklungspotenziale zu legen. Hier ist das kürzlich beschlossene Baulandkataster ein erster Schritt.

Auch was die Gewerbegebieteentwicklung anbelangt, sind wir auf

einem guten Weg. Wir sind zuversichtlich, dass die Realisierung des Gewerbegebiets am Längenbühl gelingt.

Damit stünden für ortsansässige Betriebe Erweiterungsflächen zur Verfügung.

Weiteres Entwicklungspotenzial sehen wir in Höfingen im Bereich nördlich der Röntgenstr. / Pfad. Es geht hierbei um die 1,5 Hektar Fläche, welche im Flächennutzungsplan bereits als Erweiterungsfläche vorgesehen ist.

In großen Teilen unserer Gewerbegebiete hat unsere Wirtschaftsförderung dafür Sorge getragen, dass ein Zugang zu den Datenautobahnen geschaffen wird.

Sobald wir weitere Gewerbegebiete realisieren, hätte unser Wirtschaftsförderer zudem noch die Möglichkeit, ansiedlungs- und entwicklungswilligen Betrieben Erweiterungsflächen aufzeigen zu können.

Durch die entsprechende Neuansiedlung versprechen wir uns, dass insbesondere im Bereich der Gewerbesteuer eine etwas breitere Einnahmehasis geschaffen werden kann.

Wichtig, aber derzeit noch offen, ist im Bereich des Stadtumbaues

die Entwicklung des früheren Bausparkassengeländes. Hier legen wir Wert darauf, dass die wesentlichen Zielsetzungen des städtebaulichen Wettbewerbes bei einer künftigen Bebauung beibehalten werden.

Eine Herausforderung für den neuen Baubürgermeister wird sein, den von uns bereits mehrfach geforderten Masterplan, der bis ca. in das Jahr 2030 reichen soll, auf den Weg zu bringen.

Hier sind unter Berücksichtigung der demografischen Perspektive die Zielsetzungen – gerade auch in flächenmäßiger und baulicher Entwicklung für unsere Stadt zu definieren.

Diese Zielsetzungen sind für weitere Maßnahmen und Entscheidungen, aber auch eventuelle künftige Konsolidierungsrunden durchaus von Belang.

Straßen und Verkehr

Es sind bereits derzeit viele Straßeninstandsetzungsmaßnahmen auf den Weg gebracht.

Im Bereich der Poststraße wurde der erste Modernisierungsabschnitt abgeschlossen.

Wir sind dafür, hier den nächsten Abschnitt zügig anzugehen.

Jedoch sollten aus den Fehlern, die man bei der Umgestaltung des ersten Abschnittes gemacht hat, Konsequenzen gezogen werden. Nicht nur wir Freien Wähler, sondern auch ein Großteil der betroffenen Bevölkerung, sind der Meinung, dass insoweit die Straße um mindestens 0,5 Meter zu schmal ausgefallen ist, um wenigstens den unproblematischen Begegnungsverkehr von 2 Fahrzeugen zu ermöglichen.

Insoweit wäre es bedenkenswert, dass für künftige Sanierungs-, Umgestaltungs- und Bauvorhaben ein Grundsatzbeschluss für künftige Fahrbahnbreiten getroffen wird.

Ferner richten wir einen Prüfauftrag an die Straßenverkehrsbehörde, uns im Interesse der Bewohner der Stadt aufzuzeigen, wie die Verkehrsflüsse entlang der Hauptachsen, beispielsweise vom Westanschluss über Neuköllnerplatz bis zur Feuerbacher Straße unter Beibehaltung der Busbevorrechtigung optimiert werden können.

Zu diesem Zweck regen wir an, in die mittelfristige Finanzplanung Mittel für einen neuen Verkehrsrechner einzustellen.

Zudem halten wir es für richtig, dass nunmehr auch die Sanierung

der Goethestraße in Leonberg in Angriff genommen wird.

Im Bereich der alten Autobahntrasse sind wir nach wie vor der Meinung, dass die dort erneut vorgesehen Mittel zur Herstellung einer asphaltierten Wegeverbindung von der Berliner Straße zum Blosenberg derzeit nicht erforderlich sind.

Ferner sehen wir keine Notwendigkeit, dass die Stadtwerke im Bereich der Glemseckstraße Ost zu Vermietungszwecken einen Parkplatz errichten.

Den im Haushaltsplan gemachten Ansatz für die Beschaffung eines neuen Leit- und Orientierungssystems im Bereich der Volkshochschule bzw. des Bürgerzentrums Stadtmitte sehen wir skeptisch, solange insbesondere für diese Räume kein nachhaltiges Raumnutzungskonzept vorliegt.

Defizite sehen wir derzeit in Bereichen der Stadtsauberkeit.

Unserer Meinung nach gehört zur Infrastruktur eines Mittelzentrums ferner ein Kino, weswegen hier weitere Anstrengungen unternommen werden müssen.

Die von der Ordnungsverwaltung gewünschte Einstellung von Mitteln für die Installierung einer Rotlichtüberwachungsstelle ist zu

unspezifiziert. Inhaltlich darüber entscheiden können wir erst, wenn wir sehen, an welcher Stelle dies geschehen soll, und ob dafür dann ein konkreter Bedarf besteht.

Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, welche Kostenauswirkungen der Betrieb einer schwerpunktmäßigen Kindertagesstätte mit einer Öffnungszeit bis 19Uhr mit sich bringen würde. Wir sehen dies als durchaus bedenkenswert an, um den geänderten Lebens- und Einkaufsgewohnheiten sowie den Notwendigkeiten des Arbeitslebens unserer Bevölkerung gerecht zu werden.

Den Kolleginnen und Kollegen im Gremium danke ich dafür, dass im laufenden Jahr trotz erheblicher Konfliktpotenziale – ich erwähne hier nur das Stichwort Sportzentrum/ Hallenbad – eine im wesentlichen konstruktive Zusammenarbeit möglich war.

Der Verwaltung, allen voran der Kämmerei, der Kämmereiamtsleiterin Frau Beck, danke ich für die Erstellung des Planwerkes.

Wir haben hier einen positiven Planentwurf vor uns liegen.

Alles wäre kein Problem, wenn wir beschließen könnten, dass sich

die Zukunft nach unserem Plan richtet.

Ich hoffe, dass wir in einem Jahr nicht sagen müssen, und ich zitiere hier Bertolt Brecht:

„Ja mach nur einen Plan, sei ein kluges Licht, und mach dann noch einen zweiten Plan, gehen tun sie beide nicht“.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Dr. Axel Röckle

Anlage zur haushaltspolitischen Erklärung der Fraktion der Freien Wähler zum Haushalt 2013/ Stadt Leonberg:

- Keine Schaffung zusätzlicher Personalstellen, mit Ausnahme der dem Ausbau der Kinderbetreuung geschuldeten, bis zum Vorliegen des

Ergebnisse der Organisationsuntersuchung

- Beibehaltung des Kostenansatzes für die Vergabe von Reinigungs- und Winterdienstarbeiten entsprechend Planansatz 2012
- Keine Anschaffung von zusätzlichen Fahrzeugen bis zum Vorliegen des Ergebnisses der Organisationsentwicklungsuntersuchung
- Langfristige Sicherung des derzeitigen Zinsniveaus für die städtische Verschuldung
- Kostenaufstellung / Konzept bezüglich Sanierung / Neubau Neues Rathaus-Stadtumbau: Beibehaltung der wesentlichen Zielsetzung des städtebaulichen Wettbewerbes
- Masterplan 2030: flächenmäßige und bauliche Entwicklung für Leonberg unter Berücksichtigung der demografischen Perspektive
- Grundsatzbeschluss künftiger Fahrbahnbreiten bei Straßenbau, Sanierung und Umgestaltungsvorhaben
- Prüfauftrag: Optimierung der Verkehrsflüsse unter Beibehalt Busbevorrechtigung, Einstellung von Mitteln in die mittelfristige Finanzplanung für einen neuen Verkehrsrechner
- Keine Mitteleinstellung für die Errichtung einer Wegeverbindung Berliner Str. / Blosenbergr
- Keine Errichtung Parkplatz Glemseckstr. Ost
- Kein Leit- und Orientierungssystem für VHS und Bürgerzentrum Stadtmitte

((HH-Planentwurf S. 323 f)

- Optimierung Stadtsauberkeit
 - Intensivierung der Bemühungen um ein Kino
 - Streichung der Mittel zur Installierung einer Rotlichtüberwachungsstelle
 - Prüfauftrag Ausweitung der Öffnungszeiten einer Kindertagesstätte bis 19Uhr
- Fortführung der Pflege städtischer Entwässerungsgräben.